

Das Dritte Reich und die DDR - zwei 'deutsche' Diktaturen?

Jesse, Eckhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jesse, E. (2005). Das Dritte Reich und die DDR - zwei 'deutsche' Diktaturen? *Totalitarismus und Demokratie*, 2(1), 39-59. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-309507>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das Dritte Reich und die DDR – Zwei „deutsche“ Diktaturen?

Eckhard Jesse



Prof. Dr. Eckhard Jesse, o. Prof. an der TU Chemnitz, geb. 1948 in Wurzen bei Leipzig (Anschrift: 09107 Chemnitz, TU Chemnitz, Politikwis-

senschaft). Nach dem Zweiten Bildungsweg Diplom in Politologie (FU Berlin 1976), Promotion zum Dr. phil. 1982, Habilitation 1989/90 (jeweils Universität Trier), danach Hochschuldozent. 1990 bis 1993 Gastprofessuren an den Universitäten München, Trier, Potsdam und Mannheim.

Abstract

After some considerations on the possibilities and limitations of comparing dictatorships, this contribution attempts to answer the question of whether the dictatorships in Germany were “*German* dictatorships” – particularly in regard to their emergence and demise. Whereas National Socialism was of genuine German origin, this does not apply to the GDR as a “derived” dictatorship, dependent on the Soviet Union. Nevertheless, certain aspects of this picture have to be specified. Moreover, this contribution raises further useful questions for comparing of the German dictatorships, i. e. the degree of totalitarianism, the different phases in the expansion of power, the degree of understanding socialism, the unavoidability of dictatorships and their eventual decline, as well as the significance of concepts of the enemy (*Feindbilder*).

I. Einleitung

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Demokratien und der Diktaturen zugleich. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden viele junge Demokratien in (Ost-) Mitteleuropa autoritäre, die Sowjetunion Lenins wie Stalins und das Deutschland Hitlers totalitäre Diktaturen. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine Reihe kommunistischer Diktaturen (u. a. in einem Teil Deutschlands), viele unabhängig gewordene Staaten Afrikas und auch Asiens nahmen diktatorische Formen an. Manche lateinamerikanische Länder erlebten – vorübergehend – einen Demokratiezusammenbruch. Und nach dem Kollaps des sowjetischen Kommunismus wandelte sich binnen kurzem der eine oder andere Staat, wie etwa Weißrussland, wieder in eine Diktatur. Weltweit ist die Zahl der nicht demokratisch legitimierten Staaten allerdings deutlich zurückgegangen.¹

1 Vgl. den Überblick bei Armin Pfahl-Traughber, Staatsformen im 20. Jahrhundert I: Diktatorische Systeme. In: Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hg.), Staatsformen. Mo-

Auf deutschem Boden hat es im 20. Jahrhundert zwei Diktaturen gegeben, den Nationalsozialismus und das SED-Regime. Immer wieder flammt wegen der Brisanz der Thematik ein hitziger Streit auf, so etwa im letzten Jahr bei der Diskussion um das sächsische Gedenkstättengesetz und bei vielen anderen Gelegenheiten. Kritiker befürchteten, auf diese Weise werde der Nationalsozialismus „entsorgt“.² Wer sich zu dem Thema Diktaturvergleich in Deutschland äußert, betritt ein Terrain, das noch immer einem Minenfeld gleicht, wiewohl durch den Zusammenbruch des Kommunismus im östlichen Teil des Landes eine größere Versachlichung eingetreten ist.³ Dennoch gibt es Aussagen wie die folgenden: „Der bloße Vergleich des Dritten Reiches mit der DDR ist eine schreckliche Verharmlosung. Das Dritte Reich hinterließ Berge von Leichen. Die DDR hinterließ Berge von Karteikarten.“⁴ Diese polemische Äußerung der Philosophin Margherita von Brentano – ihr haben sich manche, wie etwa Egon Bahr, angeschlossen – ist ihrerseits eine schreckliche Vereinfachung. Wer das „Jahrhundert verstehen“⁵ will, kann sich nicht hinter derartigen Vergleichsverbote verschanzen. Was versteht die Kritikerin unter einem „Vergleich“? Und weiß sie nicht, dass hinter „Berge von Karteikarten“ auch menschliche Schicksale stecken?

Wenn der Nationalsozialismus mit der DDR verglichen wird, dann geschieht dies meist unter dem Gesichtspunkt des diktatorischen Charakters: der Ablehnung von Gewaltenteilung und Pluralismus, der Bejahung von Massenmobilisierung und Ideologisierung. Der Beitrag wählt einen anderen Zugang. Er will nach Überlegungen zu den verschiedenen Varianten eines Diktaturvergleichs einen spezifischen Vergleich vornehmen: Waren die zwei Diktaturen in Deutschland „deutsche Diktaturen“?⁶ Gingen die Weichenstellungen von Deutschen aus? Wer diese Frage zu beantworten sucht, kommt nicht umhin, die Entstehung der Systeme ebenso zu analysieren wie ihr Ende – und zwar unter dem Aspekt deutscher Eigenständigkeit. So ist die Möglichkeit für einen sinnvollen Vergleich gegeben. Die abschließenden zentralen Vergleichsfragen unterscheiden sich von herkömmlichen, berücksichtigen stärker unkonventionelle Aspekte

delle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart. Ein Handbuch, Köln u. a. 2004, S. 281–328.

- 2 Vgl. Bernd Faulenbach, *Konkurrierende Vergangenheiten? Zu den aktuellen Auseinandersetzungen um die deutsche Erinnerungskultur*. In: *Deutschland Archiv*, 37 (2004), S. 648–659.
- 3 Vgl. etwa den aussagekräftigen Vergleich der Positionen bei den Kontrahenten im „Historikerstreit“ vor und nach dem Kollaps des Kommunismus in der DDR: Steffen Kailitz, *Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“*. *What's right? What's left?*, Wiesbaden 2001.
- 4 So Margherita von Brentano, zitiert nach: *Die Zeit* v. 16. Mai 1991.
- 5 Vgl. Dan Diner, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München 1999.
- 6 Vgl. dazu bereits: Wolfgang Schuller, *Deutscher Diktaturenvergleich*. In: Heiner Timmermann (Hg.), *Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates*, Berlin 2001, S. 849–857; siehe jetzt auch: Richard J. Evans, *Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1–2/05, S. 3–9.

(z. B. nach dem Sozialismusverständnis oder nach der Bedeutung des Feindbildes). Den Fragen folgen keine „fertigen“ Antworten.

II. Möglichkeiten eines Diktaturvergleichs

Der Vergleich ist eine anspruchsvolle wissenschaftliche Methode. Jeder setzt mindestens zwei Objekte miteinander in Beziehung. Ein *tertium comparationis* muss gegeben sein, um Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede herauszustellen. In der Geschichts- und Politikwissenschaft sind Vergleiche gang und gäbe, ja unumgänglich.⁷ Der Untersuchungsraum kann intrastaatlich (Vergleich innerhalb eines Staates), interstaatlich (Vergleich zwischen Staaten) und suprastaatlich (z. B. Vergleich zwischen politischen Gemeinschaften oder Kontinenten), die Untersuchungszeit dieselbe (synchroner Vergleich) oder eine andere sein (diachroner Vergleich), die Untersuchungseinheit nicht nur Staaten betreffen, sondern u. a. auch Politikfelder und Akteure. Die Untersuchungsebene muss stimmig sein. Wer etwa die Praxis in dem einen System mit der Theorie in dem anderen vergleicht, provoziert eine Schiefelage.

Ein Diktaturvergleich⁸ ist der Unterfall eines Vergleichs. Ein integraler Vergleich bezieht die Systeme in ihrer Gesamtheit ein (Makrovergleich), ein sektoraler berücksichtigt lediglich Teilbereiche (Mikrovergleich).⁹ Beide Ebenen ergänzen sich. So kommt ein Makrovergleich nicht umhin, sich auf eine Vielzahl von Teilbereichen zu stützen. Es bieten sich Vergleiche der Rechtsdiktaturen an wie solche der Linksdiktaturen, ebenso Vergleiche von Rechts- mit Linksdiktaturen.¹⁰ Wer Verbrechen in verschiedenen Systemen miteinander vergleicht, setzt sie in eine Relation zueinander, relativiert sie aber nicht.

Der vergleichenden Faschismusforschung geht es wesentlich um die Frage nach der Gültigkeit eines generalisierenden Faschismusbegriffs.¹¹ Die For-

7 Vgl. etwa Klaus von Beyme, *Der Vergleich in der Politikwissenschaft*, München 1988.

8 Vgl. Detlef Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich*, Darmstadt 2002; Günther Heydemann/Eckhard Jesse (Hg.), *Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis*, Berlin 1998.

9 Vgl. Günther Heydemann/Christopher Beckmann, *Zwei Diktaturen in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen des historischen Diktaturvergleichs*. In: *Deutschland Archiv*, 30 (1997), S. 12-40.

10 Ausgespart bleibt der (islamistische) Fundamentalismus, den manche als „neuen Totalitarismus“ apostrophieren. Vgl. Bassam Tibi, *Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit*, Darmstadt 2004.

11 Vgl. aus der Vielzahl der Literatur: Wolfgang Schieder (Hg.), *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*, 2. Auflage Göttingen 1983; Karl Dietrich Bracher/Leo Valiani (Hg.), *Faschismus und Nationalsozialismus*, Berlin 1991; Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*, 7. Auflage Darmstadt 1997; Walter Laqueur, *Faschismus. Gestern - heute - morgen*, Berlin 1997; Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hg.), *Faschismus und Faschismen im Vergleich*. Wolfgang Schieder zum

schung weiß sich nicht darin einig, ob der italienische Faschismus Mussolinis und der Nationalsozialismus Hitlers unter einen Oberbegriff gefasst werden können oder ob die Unterschiede (z. B. kein mörderischer Antisemitismus im damaligen Italien) dies verbieten. Die strikte Ablehnung des Kommunismus wie die Propagierung ultranationaler und imperialistischer, teilweise rassistischer Konzepte hielt faschistische Bewegungen zusammen.

Die vergleichende Kommunismusforschung untersucht die kommunistischen Länder, die bei allen nationalen Spezifika viele ideologische Gemeinsamkeiten erkennen lassen.¹² Besonderes Aufsehen hat das „Schwarzbuch des Kommunismus“¹³ mit seinem Hinweis auf dessen Massenverbrechen erregt. Die These, der „Klassenmord“ des Kommunismus sei das Pendant zum „Rassenmord“ des Nationalsozialismus, gilt Kritikern als vordergründig, erfasse nicht das „Wesen“ des Kommunismus.¹⁴

Die vergleichende Autoritarismusforschung¹⁵ bezieht Staaten unterschiedlicher, ja gegensätzlicher politischer Orientierung ein. Bekannt ist das Autoritarismuskonzept von Juan J. Linz, für den autoritäre Staaten einen Typus *sui generis* bilden. Eine autoritäre Diktatur zeichne sich u. a. durch begrenzten Pluralismus aus, ein geringe(re)s Maß an Ideologisierung und an Mobilisierung. Gemessen am Totalitarismusvergleich ist die Literaturlage zum Autoritarismusvergleich auffallend weniger gut. Das dürfte u. a. mit der buntscheckigen Vielfalt autoritärer Systeme zusammenhängen (z. B. monarchistische und nationalistische, wobei selbst in diesen beiden Fällen die Trennschärfe nicht immer gegeben sein muss).

Die vergleichende Totalitarismusforschung¹⁶ berücksichtigt ebenfalls Systeme mit strukturellen Analogien (u. a. einheitliche Ideologie mit einem eschatolo-

60. Geburtstag, Köln 1998; Werner Loh/Wolfgang Wippermann (Hg.), „Faschismus“ – kontrovers, Stuttgart 2002.

12 Vgl. Jerzy Holzer, Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem, Frankfurt a. M. 1998; Gerhard Hirscher/Marc Lazar/Patrick Moreau (Hg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation, Landsberg am Lech, 1998; Uwe Backes (Hg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln u. a. 2002; Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003; siehe auch das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, hg. von Hermann Weber u. a. (zuletzt: Berlin 2004).

13 Stéphane Courtois u. a., Le livre noir du communisme: crimes, terreur et répression, Paris 1997.

14 Vgl. zur Diskussion den folgenden Band mit einem unglücklichen Titel: Horst Möller (Hg.), Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“, München 1999.

15 Vgl. Amos Perlmutter, Modern Authoritarianism, London 1981; Juan J. Linz, Totalitäre und autoritäre Regime, hg. v. Raimund Krämer, Berlin 2000.

16 Vgl. Abbott Gleason, Totalitarianism. The Inner History of the Cold War, New York/Oxford 1995; Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, 2. Auflage Baden-Baden 1999; Alain Besançon, Über die Shoah, den Nationalsozialismus und den Stalinismus, Stuttgart 2001; Yehoshua Arieli/Nathan Rotenstreich (Hg.), Totalitarian Democracy and After, London/Portland 2003.

gischen Ausschließlichkeitscharakter, mobilisierende Einheitspartei, Geheimpolizei, Gleichschaltung der öffentlichen Meinung), die es gestatten, sie unter einen Oberbegriff zu fassen. Das gelte auch und gerade für Großtotalitarismen, die sich nach zeitweiliger Zusammenarbeit¹⁷ erbittert bekämpft haben (wie Nationalsozialismus und Kommunismus). Galt in den siebziger und achtziger Jahren ein solcher Vergleich zumal in der Bundesrepublik Deutschland vielfach als überholt, hat nach dem nahezu weltweiten Zusammenbruch des Kommunismus die Kritik am Totalitarismusansatz zwar nachgelassen, doch stößt dieser nach wie vor auf den einen oder anderen Soupçon.

Die bitteren Erfahrungen von Osteuropäern mit Diktaturen in ihren verschiedensten Schattierungen lassen dieses Thema für sie in den Vordergrund rücken, wobei viele von ihnen mangelnde Konsequenz vermissen, wie das etwa aus den pointierten Worten des lettischen Ministerpräsidenten Indulis Emsis hervorgeht: „Gegen den rechten Totalitarismus, den Nationalsozialismus, da sind Schlussfolgerungen gezogen worden, da besteht Klarheit. Aber beim linken Totalitarismus herrscht immer noch Idealismus, da ist eine Art von Vertrauen geblieben. Wir in Lettland haben beide Formen des Totalitarismus erlebt. Wir wissen, wie schrecklich beide Totalitarismen sind. Für unser Volk sind das zwei Brüder. Ganz gleichwertige zwei Brüder. Ohne Unterschied.“¹⁸ Manche Kritiker wenden ein, solche Vergleiche, die Äquidistanz anstreben, müssten wegen der unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen Ziele der Diktaturen oberflächlich ausfallen; doch leugnen Totalitarismusforscher weder die Unterschiedlichkeit der Ziele noch setzen sie ihren Ansatz absolut. Jeder Vergleich – ob nun ein Faschismus-, ein Kommunismus-, ein Autoritarismus- oder ein Totalitarismusvergleich – leidet unter seiner Überdehnung.

In Deutschland ist der Diktaturvergleich naheliegend und umstritten zugleich.¹⁹ Deutschland hat einerseits eine doppelte Diktaturerfahrung (mit dem Dritten Reich und der DDR), andererseits gelten die Verbrechen des Nationalsozialismus als singulär, für manche damit als „unvergleichbar“. Das Dritte Reich habe einen Weltkrieg vom Zaun gebrochen, die Vernichtung des europäischen Judentums angestrebt und weithin realisiert. Dieser Vergleich ist diachron: Als das Dritte Reich unterging, bestand die DDR noch nicht. Ein solcher Vergleich muss wesentliche Unterschiede zur Sprache bringen: Die beiden Staaten existierten unterschiedlich lange. Das kommunistische System sah sich stän-

17 Vgl. Thierry Wolton, Rot – Braun. Der Pakt gegen die Demokratie von 1939 bis heute, Hamburg 2000.

18 Fragen an den lettischen Ministerpräsidenten Indulis Emsis. In: FAZ v. 16. Juli 2004. Siehe auch den Beitrag des früheren estnischen Ministerpräsidenten Mart Laar, Estland und der Kommunismus. In: Stéphane Courtois u. a., Schwarzbuch des Kommunismus 2. Das schwere Erbe der Ideologie, München/Zürich 2004, S. 261–323.

19 Vgl. Ludger Kühnhardt (Hg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt a. M. 1994; Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte, Bonn 2003.

dig durch den anderen – den größeren – Staat in Deutschland herausgefordert.²⁰ Es verstand sich zugleich als Gegenbild des Nationalsozialismus. Dieser hatte es nicht mit einer früheren Diktatur zu tun, und vor allem gab es auf deutschem Boden keinen anderen Staat, von dem Ablehnung ausging. Österreich strebte den „Anschluss“ an das Reich an. Den Menschen im Dritten Reich fehlten so die innerdeutschen Vergleiche, zumal die Berichte von Emigranten kaum Wirkung entfalten konnten.

Ein Diktaturvergleich kann sinnvoll sein, macht man sich die Banalität klar, dass „vergleichen“ nicht „gleichsetzen“ heißt. „Die Protagonisten des Diktatur-Vergleichs sollten ihre quasi vortheoretische Überzeugung von der Existenz wesentlicher Gemeinsamkeiten beider deutscher Diktaturen zugeben. Die Kritiker dieses Vergleichs sollten ihre quasi vortheoretische Überzeugung von der Nichtexistenz wesentlicher Gemeinsamkeiten der kritischen Prüfung durch den wissenschaftlichen durchgeführten Vergleich aussetzen.“²¹ Erst durch die vergleichende Analyse diktatorischer Elemente lassen sich Spezifika erkennen. Sie besitzt aufschließende Kraft und erhellt Strukturmerkmale von Diktaturen, durch die sich diese von einem demokratischen Staatstypus unterscheiden.

Die 1992 eingesetzte Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat sich am Ende ihrer Tätigkeit in vielfältiger Weise mit dem Diktaturenvergleich in Deutschland befasst.²² Jürgen Habermas, führender Kopf der „Frankfurter Schule“, erinnerte bei einer öffentlichen Anhörung dieser Kommission daran, dass diese „Aufeinanderfolge von zwei Diktaturen [...] einer lehrreichen optischen Verstärkung der totalitären Gemeinsamkeiten dienen und den Blick auf die strukturellen Enteignungen von Bürgern richten [kann], die ihrer sozialen und rechtlichen Autonomie mehr oder weniger weitgehend beraubt worden sind.“²³ Er erregte mit seinem Plädoyer für einen Vergleich zwischen beiden Diktaturen in Deutschland Aufmerksamkeit und warnte die politischen Richtungen gleichermaßen vor Einseitigkeiten: „Wo die Rechten zur Angleichung neigen, wollen die Linken vor allem Unterschiede sehen. Die Linken dürfen sich über die spezifischen Gemeinsamkeiten totalitärer Regime nicht hinwegtäuschen und müssen auf beiden Seiten

20 Vgl. Hermann Wentker, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2/05, S. 10-17; Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29-30/03, S. 30-41.

21 So die Überlegung von Lothar Fritze, Noch einmal: „Vergleichen“ gleich „gleichsetzen“? Ein Vorschlag zur Güte. In: *Zeitschrift für Politik*, 45 (1998), S. 427-431, hier S. 431.

22 Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Band IX: Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995.

23 Jürgen Habermas, Die Bedeutung der Aufarbeitung der Geschichte der beiden deutschen Diktaturen für den Bestand der Demokratie in Deutschland und Europa, in: Materialien der Enquete-Kommission, Band IX, S. 686-694, hier S. 688.

denselben Maßstab anlegen. Die Rechten dürfen wiederum Unterschiede nicht nivellieren oder herunterspielen.“²⁴ Das Ergebnis muss aus einem Vergleich hervorgehen, darf nicht dessen Voraussetzung sein.

III. Entstehung der beiden Diktaturen

1. Drittes Reich

Der Nationalsozialismus, weder durch eine Revolution noch durch einen Putsch an die Macht gekommen, löste dank seiner Legalitätstaktik die erste deutsche Demokratie ab, die ungesicherte und abwehrschwache Weimarer Republik. Die „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933, mit einem von Goebbels initiierten Fackelzug durch Berlin gefeiert, war eine Art Machtübertragung der Entourage um den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Konservative Kräfte bildeten sich ein, sie könnten den Reichskanzler Hitler und Wilhelm Frick (Innenminister) wie Hermann Göring (Minister ohne Portefeuille) „einrahmen“. Sie wurden bald eines Anderen belehrt, schlug doch das Zähmungskonzept Franz von Papens und seiner Kamarilla fehl.²⁵ Mit der „nationalen Erhebung“, so die nationalsozialistische Lesart, konnten sich viele Deutsche anfreunden, sollte doch die „Schmach von Versailles“ getilgt werden.

Schnell etablierte der Nationalsozialismus seine Machtposition – mit „Verführung und Gewalt“²⁶ gleichermaßen. Einige Daten mögen das belegen: Dem Reichstagsbrand, einer Einzelaktion des holländischen Rätekommunisten Marinus van der Lubbe am 27. Februar, folgte anderntags flugs die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, die wesentliche Grundrechte einschränkte und die Grundlage für die Verhaftungen bildete, vornehmlich von Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Reichstagswahl vom 5. März brachte der NSDAP zwar mit 43,9 Prozent einen Wahlsieg, jedoch nur mit den Deutschnationalen Hugenburgs (8,0 Prozent) die absolute Mehrheit. Der „Tag von Potsdam“ (21. März), der die Versöhnung von Preußen und Nationalsozialismus symbolisieren sollte, verfehlte seine Wirkung nicht, bis weit in die Reihen der Kirchen. Mit dem zunächst auf vier Jahre beschränkten „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März schaltete sich der Reichstag faktisch selber aus. Der 1. Mai galt von nun an als gesetzlicher „Feiertag der nationalen Arbeit“. Am 14. Juli wurde der Einparteienstaat institutionalisiert, nachdem das NS-System zuvor die Länder und die Gewerkschaften gleichgeschaltet hatte. All das, auch die Entrechtung der Juden, entfachte keine Widerstände bei der Bevölkerung.

24 Ebd., S. 689.

25 Vgl. z. B. Gotthard Jasper, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934, Frankfurt a. M. 1986.

26 So Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin (West) 1986.

Wirtschaftliche (Rückgang der hohen Arbeitslosigkeit) und außenpolitische (Nichtangriffspakt mit Polen im Januar 1934) Erfolge stellten sich zügig ein. Die von Ernst Röhm geforderte „zweite Revolution“ blieb aus, da dieser mit seinen Getreuen am 30. Juni 1934 ermordet wurde. Der Nationalsozialismus, von der Bevölkerung lange gestützt, wollte die gesellschaftliche Umgestaltung zunächst nicht zu weit treiben. Ian Kershaw gelangt zu der folgenden Feststellung: „Im Vergleich mit vielen anderen autoritären Systemen hat das NS-Regime [...] trotz der vielen großen Dissens-Bereiche bis tief in den Krieg hinein einen hohen Grad von Popularität genossen.“²⁷

Der Aufstieg des Nationalsozialismus wurde nicht mutwillig von ausländischen Kräften gefördert. Freilich hatte das Ausland insofern einen gewissen Anteil an seinem Erfolg, als viele Deutsche sich gedemütigt fühlten (etwa durch den Versailler Vertrag). Die Politik der Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg trug zur Stärkung des Nationalsozialismus bei – wider Willen. Der Zusammenbruch von mitteleuropäischen Diktaturen war in der Zwischenkriegszeit ein europäisches Phänomen.²⁸ Nur: In keinem Land setzte sich eine totalitäre Bewegung durch, die einen Zivilisationsbruch betrieb.

2. DDR

Die aus der Sowjetunion kommende „Gruppe Ulbricht“ landete in Berlin zu einem Zeitpunkt, als die Kapitulation Deutschlands noch ausstand.²⁹ Sie, und nicht nur sie, hatte die Aufgabe, den von der Sowjetunion besetzten Teil Deutschlands im kommunistischen Sinne auszurichten.³⁰ Das konnte wegen der hegemonialen Rolle der kommunistischen Siegermacht in ihrer Zone gelingen.³¹ Die Einigung der „großen Drei“ auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 kam nur zustande, weil wichtige Probleme von vornherein ausgespart und weil andere durch ausdeutungsfähige Formeln („Demokratisierung“,

27 Ian Kershaw, „Widerspruch ohne Volk?“ Dissens und Widerstand im Dritten Reich. In: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München/Zürich 1985, S. 779–798, hier S. 795; siehe auch ders., *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek bei Hamburg 1988.

28 Vgl. etwa Erwin Oberländer (Hg.), in Zusammenarbeit mit Rolf Ahmann, Hans Lemberg und Holm Sundhausen, *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944*, Paderborn u. a. 2001.

29 Vgl. Gerhard Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

30 Zum Forschungsstand Günter Braun, *Auf dem Weg in die zweite deutsche Diktatur – die SBZ 1945–1949*. In: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert, im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn u. a. 2003, S. 45–52.

31 Vgl. Norman Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997.

„Denazifizierung“ u. a.) übertüncht wurden. Der Kalte Krieg führte mit einer gewissen Unvermeidlichkeit zur Teilung Deutschlands, wobei Stalins Doppelstrategie auch auf den Westen zielte. Die Amerikaner zogen sich 1945 aus Thüringen und Teilen Sachsens zurück, erhielten dafür Sektoren in dem von sowjetischen Soldaten eingenommenen Berlin.

Die Entwicklung lief wegen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zügig auf eine kommunistische Diktatur hinaus, auch wenn nach außen hin eine „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ stattfinden sollte. Allerdings vollzog diese sich verschlungener,³² als es heute erscheinen mag. Deutsche Vorstellungen fanden nur insoweit Berücksichtigung, als sie sich mit denen der sowjetischen Kommunisten deckten. Die anfängliche Achtung für den deutschen Kommunismus wegen seines verlustreichen Kampfes gegen den Nationalsozialismus verspielte dieser schnell durch ausgeprägte Moskauhörigkeit.

Zwar wurde im Februar 1946 von dem Kommunisten Anton Ackermann „ein besonderer deutscher Weg zum Sozialismus“ propagiert, doch ein gewöhnlicher sowjetischer Weg zum Sozialismus praktiziert, der den Vorstellungen Ackermanns – er nahm sie zwei Jahre später zurück – Hohn sprach. Die Zwangsvereinigung zwischen der KPD und der SPD zur SED im April 1946 symbolisierte die sowjetische Gleichschaltungspolitik, nachdem aus strategischen Überlegungen zunächst der Verzicht auf eine „Einheitspartei der Arbeiterklasse“ ins Auge gefasst worden war. Säuberungswellen suchten in der Folge die SED heim, die als „Partei neuen Typs“ die Stalinisierung vorantrieb, wobei sie an die NS-Gleichschaltungspolitik anknüpfen konnte.

Als die DDR im Jahre 1949 entstand – „der Antifaschismus wurde zur Gründungslegende der DDR“³³ –, hatte die Sowjetunion für die Konsolidierung der Machtverhältnisse bereits gesorgt. Gewisse Modifikationen wie die Existenz von Blockparteien neben der SED und der Verzicht auf „Schauprozesse“ waren der komplizierten Situation geschuldet, stellten jedenfalls keinen eigenständigen deutschen Beitrag dar. Die DDR war ein Kind Moskaus.³⁴ Der 1952 verkündete „Aufbau des Sozialismus“ trug zur weiteren politischen Sowjetisierung bei, nicht unbedingt zur Festigung der Diktatur, wie ein Jahr später der erste Volksaufstand im Ostblock nachdrücklich unter Beweis stellte. Diese Volkserhebung richtete sich gleichermaßen gegen die Normenerhöhung, die Unfreiheit und die

32 Vgl. etwa: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990; Hartmut Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995; Thomas Großbölting/Hans-Ulrich Thamer (Hg.), Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der Sowjetischen Besatzungszone, Münster 2003.

33 Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Zweiter Band: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 141.

34 Insofern wurde in der Bundesrepublik Deutschland bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre offiziell von der „SBZ“ gesprochen.

Teilung Deutschlands. Insofern ist das Wort vom „deutschen Aufstand“³⁵ zuge-
spitzt, aber im Kern treffend. Gleichwohl machte sich die SED immer wieder
nationale Parolen zu eigen – unter Anknüpfung an Traditionen wie die Völker-
schlacht bei Leipzig wie überhaupt die Sowjetisierung in der Folge nachließ.

IV. Ende der beiden Diktaturen

1. Drittes Reich

Nicht am 8. Mai, sondern am 7. Mai in Reims im amerikanischen Hauptquartier
und am 9. Mai in Berlin-Karlshorst im sowjetischen Hauptquartier, gleich zwei-
mal also, kapitulierte die Wehrmacht des Deutschen Reiches, und zwar bedin-
gungslos. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg existierte keine deutsche Exeku-
tivgewalt mehr. Der Nationalsozialismus hatte gleichsam bis zum letzten
Blutstropfen gekämpft, obwohl der „Endsieg“ im rassistischen Vernichtungsk-
rieg gegen die Sowjetunion längst außerhalb jeder Reichweite gerückt war. Hit-
ler, der „Deutschland über alles“ stellte, warf sich schließlich zum „Verteidiger
der ‚Festung Europa‘“³⁶ auf, ohne aber den von ihm ersehnten Zerfall der Anti-
Hitler-Koalition provozieren zu können. Sein Selbstmord im „Führerbunker“
am 30. April 1945 rief keine neue Dolchstoßtheorie hervor. Zu deutlich war das
Scheitern seiner Politik in jeglicher Hinsicht. Keiner hat jede Form einer „natio-
nalen Politik“ in Deutschland so diskreditiert wie Hitler und die von ihm geführte
„Bewegung“ des Nationalsozialismus. Das Dritte Reich war beides. Bruch
mit der deutschen Geschichte, ebenso aber auch Anknüpfung an sie. Mitarbei-
ter des Sicherheitsdienstes schrieben in den letzten Wochen des Dritten Rei-
ches: „Der Führer wurde uns von Gott gesandt, aber nicht um Deutschland zu
retten, sondern um Deutschland zu verderben. Die Vorsehung hat beschlossen,
das deutsche Volk zu vernichten, und Hitler ist der Vollstrecker dieses Wil-
lens.“³⁷

Zwar besaßen die Nationalsozialisten in ihrem „Endkampf“ Freiwilligenver-
bände aus verschiedenen Nationen, doch konnten sie den Krieg „bis zum letz-
ten Blutstropfen“ nur deshalb führen, weil die eigene Bevölkerung in ihrer
Mehrheit zwar nicht mehr mit dem Enthusiasmus hinter ihrer Spitze stand wie
bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, aber keine Aktivitäten zum Sturz
des Regimes entfaltete. Das letzte Kriegsjahr verursachte mehr Tote als die
gesamte Kriegszeit zuvor. Die Niederschlagung des Aufstandsversuches vom 20.
Juli 1944 wurde in weiten Teilen der Bevölkerung offenkundig mit gewisser Ge-
nugtuung aufgenommen (bei den Alliierten ebenso). Der Bombenkrieg der alli-

35 So Hubertus Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003.

36 Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, 6. Auflage München 2003, S. 105.

37 Zitiert nach Winkler, Der lange Weg nach Westen, S. 109.

ierten Luftstreitkräfte richtete verheerende Verwüstungen an, begünstigte jedoch nicht die Kapitulation der Deutschen – wohl eher das Gegenteil. Hitler, der Deutschland eigenem Anspruch nach dienen wollte, hatte kurz vor Kriegsende die nicht mehr befolgte Weisung ausgegeben, z. B. Versorgungs- und Industrieanlagen zu vernichten, damit sie nicht dem Feind in die Hände fallen.

Der Untergang des Dritten Reiches glich einer Art Götterdämmerung. Es wurde in einem Zweifrontenkrieg bezwungen, die Befreiung der Konzentrationslager nicht von Deutschen, sondern von Alliierten vorgenommen. Nach 1945 setzten in den Ostgebieten gewaltsame Vertreibungen ein. Die Hinterlassenschaft des Dritten Reiches war nicht nur eine „deutsche Katastrophe“,³⁸ wie der Historiker Friedrich Meinecke 1946 schrieb, sondern auch ein Kulturschock für die Menschheit außerhalb Deutschlands nach Bekanntwerden der „Endlösung“. Der Nürnberger Prozess unter Beteiligung der diktatorischen Sowjetunion verurteilte 1946 die führenden Nationalsozialisten zum Tode, soweit sie sich nicht durch Selbstmord der Verantwortung entzogen hatten.

Es gab im Dritten Reich Täter, Mitläufer, Angepasste und nur wenig Widerständler. Was immer Deutsche von den mannigfachen Verbrechen gewusst oder nicht gewusst, geahnt oder nicht geahnt haben:³⁹ Opposition blieb „ein ‚Widerstand ohne Volk‘“. ⁴⁰ Mit den Worten Klaus Hildebrands: „Hitlers Diktatur hatte von Anfang an eine populäre Basis, die im Krieg zwar bröckelte, jedoch zu keiner Zeit in die Brüche ging.“⁴¹

2. DDR

Das Ende der diktatorischen DDR hing wesentlich mit der veränderten außenpolitischen Konstellation zusammen. Die Sowjetunion hatte unter Gorbatschow ab 1985 mit Reformen begonnen, die das politische System stabilisieren sollten, es tatsächlich aber schwächten. Glasnost und Perestroika untergruben das Fundament des Realsozialismus. Die DDR-Führung, die in der Verfassungsrevision 1974 die Anklänge an die „deutsche Nation“ gestrichen hatte, rückte zumal in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre vom Reformprozess der Sowjetunion vorsichtig ab. „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“ – diese ab 1987 nicht mehr verwendete Parole bekam gleichsam eine subversive Kraft. Der

38 So Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 6. Auflage Wiesbaden 1965.

39 In dem folgenden Band wird die These vertreten, es sei mehr als bisher angenommen: Robert Gellately, Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Stuttgart/München 2002.

40 Manfred Funke, Spurensicherung. Kriegsende 1945: Davor und Danach. In: Karl Dietrich Bracher/ders./Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, 2. Auflage Düsseldorf 1993, S. 532–541, hier S. 536.

41 Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 128.

honeckersche „Sozialismus in den Farben der DDR“⁴² wollte auf so etwas wie eine DDR-Identität verweisen, die freilich nur schwach ausgeprägt war. Die Repräsentanten der DDR-Diktatur wussten zweierlei: Ihr Schicksal hing zum einen maßgeblich vom „großen Bruder“ ab, zum anderen von der klassenkämpferischen Abgrenzung gen Westen. Das war ihr Dilemma: Die Abhängigkeit von der Sowjetunion ließ ebenso nach wie die Abgrenzung von der deutschen Demokratie.

Wie Albert O. Hirschmann in einem theoretischen Modell überzeugend gezeigt hat, führte das Zusammenspiel von „exit“ (Abwanderung) und „voice“ (Widerspruch) zum Kollaps der DDR-Diktatur.⁴³ Eine militärische Unterdrückung der Demonstrationsbewegung blieb wohl nicht zuletzt deshalb aus, weil der sowjetische Rückhalt mittlerweile fehlte. Die Sowjetunion hatte die Breschnew-Doktrin zu den Akten gelegt. Die Menschen in der DDR stürzten die SED-Diktatur im ersten Moment, in dem dies möglich war. Die friedliche Revolution von 1989/90 ist dabei ein Umbruch gewesen, der einerseits von der Erosion der Parteiherrschaft in anderen kommunistischen Diktaturen profitierte (vor allem Polen und Ungarn), sie andererseits zugleich vorantrieb.

Die DDR, die lange als „Musterschüler der Sowjetunion“ galt, war bald ein Staat auf Abruf.⁴⁴ Als sich nach der Öffnung der Mauer gezeigt hatte, dass die sowjetischen Truppen im Gegensatz zu 1953 in den Kasernen blieben und nicht (mehr) die sozialistische Ordnung mit Waffengewalt zu verteidigen suchten, gerieten jene Kräfte, die an einer Erneuerung des Sozialismus festzuhalten wünschten, schnell in die Defensive. Der Ruf nach einer Vereinigung mit dem anderen deutschen Staat, der früheren Systemkonkurrenz, wurde übermächtig. Der Wahlausgang vom 18. März 1990 war eine Abstimmung für die deutsche Einheit – unter den Vorzeichen des Westens und so schnell wie möglich. Allerdings konnte erst die Einigung der USA mit der Sowjetunion ungeachtet aller weitreichenden Bemühungen Helmut Kohls den Grundstein für die Wiedervereinigung legen. Die kommunistische DDR musste ohne das „Vaterland aller Vaterländer“ einen Offenbarungseid leisten. Legitimitätsreserven existierten nicht. Der Auffassung, die diktatorische DDR wäre jederzeit zusammengebrochen, wenn nicht die Sowjetunion hinter ihr gestanden hätte, dürfte mehr als ein Gran

42 Der Begriff tauchte das erste Mal Ende 1988 in einer Honecker-Rede zur 70. Wiederkehr der Gründung der KPD auf. Vgl. Ilse Spittmann, Sozialismus in den Farben der DDR. In: Deutschland Archiv, 22 (1989), S. 241–244. Die Kommunistische Partei Frankreichs hatte den Begriff vom „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ in den siebziger Jahren gebraucht – allerdings mit einer anderen Intention.

43 Vgl. Albert O. Hirschmann, Abwanderung und Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptuellen Geschichte. In: Leviathan, 20 (1992), S. 330–358.

44 Dabei rechnete selbst ein Politikwissenschaftler wie Zbigniew Brzezinski, der gleichweise früh die Krise des Kommunismus diagnostiziert hatte, die DDR – sie sei „ein kommunistisches Preußen geworden: diszipliniert, motiviert und produktiv“ – hinter Bulgarien zum zweitstabilsten kommunistischen Staat. Vgl. ders., Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems, Wien 1989, S. 283.

Plausibilität innewohnen. Manche Bürgerrechtlicher wähten sich in der Illusion, ein „erneuerter“ Sozialismus erhalte eine Chance in einer zweiten Demokratie (neben der Bundesrepublik Deutschland). Sie hatten die Fixierung eines großen Teiles der Bevölkerung auf die westdeutsche Demokratie unterschätzt.

V. Unterschiede und Parallelen

Das Dritte Reich ging in jenem Jahr unter dem Trommelfeuer der alliierten Attacken zugrunde, in dem zugleich die Grundlage für die DDR gelegt wurde. Insofern handelt es sich beim Jahr 1945 nicht nur um eine Epochenäsur, sondern auch um ein Scharnierjahr: Für das eine System bedeutete es das Ende der Diktatur, für das andere den Anfang einer neuen Diktatur. Die Unterschiede zwischen den beiden Diktaturen überlagern die Parallelen, was die gewählte Fragestellung betrifft. Dabei verstanden sie sich gleichermaßen als Diktatur wie als Demokratie.

Der Nationalsozialismus verherrlichte den deutschen „Führerstaat“ und sprach sich immer wieder für die „nationale Diktatur“ aus. Gleichwohl wurde diese nicht als Gegensatz zur „wahren Volksherrschaft“ verstanden. Hitler verwarf zwar die parlamentarische Demokratie entschieden mit Worten und mit Taten, machte sich zuweilen jedoch das Wort „Demokratie“ zu eigen.⁴⁵ Auch die SED knüpfte an Rousseaus Vorstellung von der „wahren Volksherrschaft“ an. Sie unterschied strikt zwischen der zum Untergang verurteilten „bürgerlichen Demokratie“, bei der Privateigentum in der Hand weniger liege, und der „sozialistischen Demokratie“, bei der die Interessen des einzelnen mit denen der Gesamtheit zusammenfallen. Erst durch die „Diktatur des Proletariats“ könne die Arbeiterklasse in den Genuss demokratischer Rechte gelangen.⁴⁶ In dem einen wie in dem anderen Fall galten Demokratie und Diktatur nicht als pure Gegensätze. Für den Nationalsozialismus war die eigene Nation der oberste Wert, für den Realsozialismus der DDR die Macht der nicht an eine Nation gebundenen Arbeiterklasse.

Beiden politischen Systemen fehlte es an Reformfähigkeit. Der Nationalsozialismus hatte sich in seinem Rassenwahn verfangen. Auch der reale Sozialismus der DDR konnte Reformen nicht in die Wege leiten, wollte er sein Ende nicht riskieren. Die Auffassung, „die hartnäckige Weigerung der Sowjetunion sowohl 1953 als auch danach, demokratische Reformen in der DDR zu dulden, unterminierten und zerstörten schließlich die Hoffnung, dass die DDR sich als Hort

45 Vgl. die Belege bei Rainer Zitelmann, *Selbstverständnis eines Revolutionärs*, 4. Neuaufgabe München 1998, S. 437–442 (Unterkapitel: „Die Diktatur als ‚höchste Form der Demokratie‘“). Siehe auch das Unterkapitel „Hitlers Demokratie-Kritik“, ebd., S. 379–398.

46 Vgl. etwa Gerhard Haney, *Die Demokratie – Wahrheit, Illusionen und Verfälschungen*, Berlin (Ost) 1970.

antifaschistischer Werte, der Freiheit und der Gerechtigkeit etablieren könnte“,⁴⁷ stimmt so nicht. „Demokratische Reformen“ mussten das Ende der SED bedeuten. Die DDR wäre von der Sowjetunion abgefallen. Die Entwicklung 1989/90 spricht Bände.

Wie gezeigt, war die NS-Diktatur weithin eine deutsche Diktatur, die DDR-Diktatur eine in deutschem Namen ausgeübte Diktatur. Der herkömmliche Sprachgebrauch von den „beiden deutschen Diktaturen“ und von der „zweiten deutschen Diktatur“ (mit Blick auf die DDR) ist damit ungenau. Nicht, weil auf diese Weise der verbrecherische Charakter des Nationalsozialismus eskamotiert,⁴⁸ sondern deshalb, weil bei der DDR zu Unrecht eine deutsche Eigenständigkeit unterstellt wird. Problematisch ist mithin nicht der Begriff der „Diktatur“, sondern der Begriff „deutsch“ (bezogen auf die DDR).

Gleichwohl ist die DDR in mancher Hinsicht als das „deutschere“ Deutschland beschrieben worden. Für Wolfgang Venohr sind die Entscheidungsträger in der DDR „rote Preußen“⁴⁹ gewesen. Der Publizist führte Belege für das „Deutsche“ in der DDR an, etwa eine Schlagzeile des „Neuen Deutschland“: „Die Nationale Volksarmee ist die einzige *deutsche* Armee, die diesen Namen verdient.“⁵⁰ Der Autor lobte die Haltung der offiziellen DDR wegen ihrer positiven Bezugnahme auf die deutsche Geschichte, und er würdigte die Deutschen in der DDR, weil sie die deutsche Einheit wollten; „sie akzeptieren ihren Teilstaat nicht als ‚Vaterland‘ – sie fühlen sich als Angehörige der DEUTSCHEN NATION.“⁵¹

Günter Gaus, von 1974 bis 1981 der erste Leiter der ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR, wähnt sich bei seiner Beschreibung der mitteldeutschen „Nischengesellschaft“ in eine frühere Zeit versetzt. „*Deutscher* geblieben: Was ist das, was soll das sein? Definiert man es zunächst einmal nur als eine stärkere Beharrungskraft, mit der am Vertrauten festgehalten wird und Neues also so gut wie möglich ausgesperrt bleibt, so ergibt sich, dass die jeweiligen Mehrheiten der Deutschen westlich und östlich der Elbe (nicht geographisch, sondern bildlich für die Bundesrepublik und die DDR verstanden) fast unmittelbar nach Kriegsende, jedenfalls Jahre vor den beiden Staatsgründungen, in dieser Hinsicht ihren Unterschied entwickelten: Das Beharrungsvermögen drüben stieg gewaltig an, indes es sich hüben schnell weitge-

47 Evans, Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert?, S. 5.

48 So lautet vielfach der Einwand bei jenen, die sich gegen einen Vergleich der beiden Herrschaftssysteme sträuben.

49 Vgl. Wolfgang Venohr, Die roten Preußen. Vom wundersamen Aufstieg der DDR in Deutschland, Erlangen u. a. 1989.

50 Zitiert nach ebd., S. 286 (Hervorhebung bei Venohr).

51 Ebd., S. 323 (Hervorhebung bei Venohr). Dass er, der so vehement für die deutsche Einheit (unter neutralen Vorzeichen) eingetreten war, im Jahre 1989 mit seinem Vorschlag für eine demokratische Konföderation von der politischen Entwicklung überrollt wurde, gehört zum Stichwort „Geschichte im Zeitraffer“.

hend verflüchtigte. Für mich drückt sich am deutlichsten aus, was die Mitteldeutschen bewahrten, in dem, was die Westdeutschen preisgaben.“⁵²

Die unterschiedlichen und doch ähnlichen Charakterisierungen von Venohr und Gaus müssen mit all ihren Überzeichnungen nicht der These widersprechen, die DDR sei keine *deutsche* Diktatur gewesen. Im Gegenteil fügen sich diese Beobachtungen gut in den umrissenen Rahmen ein. Vieles war in der DDR ein Reflex gegen den ungeliebten „großen Bruder“. Der Rückzug auf Traditionen erlaubte es, der Sowjetisierung aus dem Wege zu gehen. Es ist eine Paradoxie, dass die freiheitliche Gesellschaft im Westen in mancher Hinsicht stärker amerikanisiert (gewesen) ist als die unfreiheitliche Gesellschaft im Osten sowjetisiert.⁵³ Und auch an der Einheit der deutschen Nation hielt sie mindestens so intensiv fest wie der Westen des Landes, in dem zumal in den achtziger Jahren das bekannte Postulat Karl Dietrich Brachers intellektuelle Anerkennung fand: „als postnationale Demokratie unter Nationalstaaten zu leben“.⁵⁴ Wie die demoskopischen Daten allerdings zeigen, blieb selbst in den achtziger Jahren bei der westdeutschen Bevölkerung der Wunsch nach Wiedervereinigung hoch.⁵⁵

Was den Nationalsozialismus angeht, lassen sich Aspekte anführen, die *prima facie* der Interpretation von der *deutschen* Diktatur zu widersprechen scheinen: etwa Hitlers Würdigung der hochindustrialisierten Wirtschaft der USA oder seine Ablehnung deutschtümelnder Weltbilder bei Rosenberg und Himmler.⁵⁶ Tatsächlich widerstreitet diese Sichtweise keineswegs der erwähnten Deutung, denn Hitler akzeptierte nicht die amerikanische Gesellschaftsordnung als solche, sondern zeigte sich lediglich von ihrem industriellen Fortschritt angetan.

Die Stärke der DDR ruhte wesentlich auf dem Besatzungsregime der Sowjetunion, die Stärke des Dritten Reiches auf der langen Unterstützung durch die deutsche Bevölkerung. Die diktatorische DDR wäre vermutlich ohne die sowjetischen Bajonette – die Meinungsumfragen in der DDR, die hohe Zustimmungsraten für die siebziger Jahre anzeigten, sind kein zuverlässiger Indikator⁵⁷ – binnen kurzem zusammengebrochen, das NS-System ohne den Krieg und die

52 So Günter Gaus, *Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*, Hamburg 1983, S. 173 (Hervorhebung bei Gaus).

53 Vgl. Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt a. M. 1997.

54 Karl Dietrich Bracher, *Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre*. In: ders./Wolfgang Jäger/Werner Link, *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 283–406, hier S. 406.

55 Vgl. Alexander Gallus, *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990*, Düsseldorf 2001, S. 43–56, S. 489–505.

56 Vgl. Belege bei Zitelmann, *Hitler*, S. 355–358, S. 372–378.

57 Anderer Auffassung ist Heinz Niemann, *Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993*; ders., *Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED*, Berlin 1995.

vehemente Bekämpfung von außen wohl nicht kollabiert, jedenfalls nicht so schnell. Das ist kein Beleg für die höhere Legitimität des NS-Systems, sondern einer für seine größere Massenloyalität.

Ergeben sich aus diesen Feststellungen nun die beiden nachstehenden Folgerungen? (1) Das deutsche Volk *in toto* trägt die Verantwortung für den Nationalsozialismus und seine verheerende Hinterlassenschaft. (2) Den Ostdeutschen ist ein System aufgezwungen worden, für dessen Entwicklung sie keinerlei Verantwortung tragen. Weder das eine noch das andere trifft so zu.

Die aufsehenerregende These Daniel Jonah Goldhagens von „Hitlers willigen Vollstreckern“ läuft darauf hinaus, dass es die Deutschen gewesen seien, die den Völkermord planten und praktizierten.⁵⁸ Goldhagen zielt nicht nur auf die politischen Führungskräfte im Dritten Reich. Seine kühne These lautet vielmehr, „dass die vom eliminatorischen Antisemitismus bestimmte politische Kultur Deutschlands [...] die NS-Führung ebenso wie die gewöhnlichen Deutschen zur Verfolgung und Vernichtung der Juden bewog.“⁵⁹ Die Deutschen seien jahrhundertlang Antisemiten gewesen, die vor einer Vernichtung der Juden nicht zurückschreckten. Damit ignoriert der Autor den Umstand, dass der systematische Judenmord im Verborgenen geschah, nur ein kleiner Teil der Deutschen daran beteiligt war und der Krieg die Hemmschwelle für die Tötung von Menschen herabsetzte. Wer die These vom „Tätervolk“ verwirft, will deswegen nicht die Verantwortung Deutscher für die Judenvernichtung in Frage stellen.

Viele (Ost-)Deutsche, anfangs mehr als später, erlagen der Verführungskraft der hehren Idee des Sozialismus, rechtfertigten damit im Kern die Diktatur und machten mit. Ohne das Engagement, die Mithilfe und zumindest die Duldung vieler Deutscher wäre es unmöglich gewesen, im Osten Deutschlands eine Diktatur zu errichten und vier Jahrzehnte aufrechtzuerhalten. Die DDR war keine bloße Satrapie Moskaus. Wenn einstige politisch Verantwortliche heute alles auf die Direktiven aus Moskau zurückführen, dann steht dies im krassen Gegensatz zu ihrer früheren Auffassung von der Unabhängigkeit der DDR. Diese gab es zwar so nicht, aber es bestand ein Spielraum, innerhalb dessen sich die politische Spitze bewegen konnte. Und keiner wurde gezwungen, für die Staatspartei und die Staatssicherheit zu wirken.

58 Vgl. Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996.

59 Ebd., S. 190.

VI. Offene Fragen

Die Frage nach dem „deutschen“ Charakter ist nicht die einzige Frage, die für den Vergleich der beiden Diktaturen in Deutschland konstitutive Bedeutung besitzt. Es bietet sich eine Reihe weiterer Fragen an, die der Untersuchung bedürfen. Im Folgenden seien einige Komplexe genannt, ohne die Richtung der Antworten vorzugeben. Manche Überlegungen, die sich sämtlich im Bereich des integralen Systemvergleichs bewegen, mögen provokativ anmuten. Die gängigen Aspekte zum Diktaturvergleich im Allgemeinen und zum Totalitarismusvergleich im Besonderen finden hier keine Berücksichtigung.

(1) Grad des Totalitarismus

War die DDR ein Staat, der in der meisten Zeit seiner Entwicklung über ein höheres Maß an totalitärer „Durchherrschaft“ (Jürgen Kocka) verfügte als der Nationalsozialismus, jedenfalls vor dem Weltkrieg? Wer geneigt ist, diese Frage zu bejahen, stellt als Kriterium stärker auf das Ausmaß der gesellschaftlichen Umgestaltung ab, etwa im Bereich des Rechts oder des Alltags. Mit den Worten von Hans-Ulrich Wehler: „In den Wissenschaften ist die ideologische Gängelung ganz offensichtlich rigoroseres gewesen als damals [im Dritten Reich].“⁶⁰ Die Partei hielt sich im Dritten Reich mit rigorosen Eingriffen lange zurück. „Der Anspruch ‚Die Partei befiehlt dem Staat‘ wurde zwar deklamiert, aber allenfalls indirekt angewendet.“⁶¹ Wer die Totalitarismusdefinition Hannah Arendts im Sinne von Terror und Aggressivität nach innen und außen hingegen als Maßstab nimmt, kann „die DDR wohl als diktatorisch, nicht aber als totalitär bezeichnen“⁶² – im Gegensatz zum Nationalsozialismus.

(2) Grad an Religionsähnlichkeit

Gab es in der DDR wie im Dritten Reich gleichermaßen religionsähnliche Elemente, die zur Stabilisierung des Systems führten? Das Konzept der „politischen Religionen“ befasst sich mit diesem Fragenkomplex.⁶³ Welche Kulte existierten, wie stark war die Gläubigkeit der Massen, wie fiel der Missionseifer der Herrschenden aus, welche Rolle kam Erlösungsgedanken und apokalyptischen Weltbildern zu? War die Bindungskraft der Rituale im realen Sozialismus der

60 Hans-Ulrich Wehler, Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte. In: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitschicht. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 346–352, hier S. 349.

61 Wolfgang Benz, *Geschichte des Dritten Reiches*, München 2000, S. 92.

62 So Jürgen Kocka, *Hitlers Nazi-Reich und die anderen europäischen Diktaturen*. In: Bernd Sösemann (Hg.), *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick*, Stuttgart/München 2002, S. 329–344, hier S. 343.

63 Vgl. dazu die Bände von Hans Maier (Hg.), *Totalitarismus und Politische Religionen*, Paderborn 1996, 1997, 2003.

DDR deutlich geringer⁶⁴ als im Nationalsozialismus und warum? Die Frage verdient die Prüfung, ob es sich bei der Ideologie im Dritten Reich wie in der DDR um ein religionsähnliches Phänomen gehandelt hat. Hans Wilhelm Vahlefeld spricht sogar von zwei „Kirchenstaaten“.⁶⁵

(3) Verhältnis von Normen- und Maßnahmenstaat

Bestand in der DDR ansatzweise wie im Dritten Reich jenes Nebeneinander von Partei- und Staatsapparat? Ernst Fraenkel, einer der Begründer der deutschen Nachkriegspolitikwissenschaft, hat das Dritte Reich als einen „Doppelstaat“ charakterisiert: eine Gemengelage aus Normen- und Maßnahmenstaat.⁶⁶ Illegal gewonnene Beweismittel erfuhren in der DDR durch Tricks eine Art Legalisierung, um widerspenstige Leute nach Gesetz und Recht aburteilen zu können.⁶⁷ Nach Manfred Stolpe stützte sich die Macht in der DDR auf drei Säulen: den Staat, die Partei und die Staatssicherheit.⁶⁸ Es bedarf der empirischen Prüfung, ob sich die Staatssicherheit am Ende der DDR tatsächlich immer als „Schild und Schwert“ der Partei verstand oder doch, jedenfalls in Teilbereichen, auch als eine Art „Staat im Staate“.

(4) Unterscheidung zwischen zwei Phasen in der Herrschaftspraxis

Was ist an der These stimmig, dass beide Diktaturen in zwei Phasen zerfallen, bezogen auf den Grad der Repression? Beim Nationalsozialismus ist der Einschnitt (zwischen der Nichtkriegszeit und der Kriegszeit) offenkundig größer als bei der DDR, wo eine solche Zäsur fehlte. Hier wich die offene Repressionspraxis gegenüber Andersdenkenden Mitte der 70er Jahre aus einer Reihe von innen- und außenpolitischen Gründen subtilen Formen der „Zersetzung“. Dies hatte eine massive Ausweitung der Zahl der inoffiziellen und auch der hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit zur Folge.⁶⁹ Die Frage, ob das einer Abschwächung oder einer Verstärkung der Repression entsprach, lässt unterschiedliche Antworten zu.⁷⁰

64 Vgl. Gerhard Besier, Die Partei als Kirche – der Fall DDR. Religion – Totalitarismus – „politische Religion“. In: Klaus Hildebrand (Hg.), Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus, München 2003, S. 113–138.

65 Hans Wilhelm Vahlefeld, Deutschlands totalitäre Tradition. Nationalsozialismus und SED-Sozialismus als politische Religionen, Stuttgart 2002, S. 253.

66 Vgl. Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, hg. und eingeleitet von Alexander v. Brünneck, 2. Auflage Hamburg 2001.

67 Vgl. die Belege bei Johannes Raschka, Zwischen Überwachung und Repression. Politische Verfolgung in der DDR 1971–1989, Opladen 2001.

68 Vgl. Manfred Stolpe, Schwieriger Aufbruch, Berlin 1992, S. 115–121.

69 Vgl. Sandra Pingel-Schliemann, Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2002.

70 Der Verfasser neigt der ersten Interpretationsvariante zu. Vgl. Eckhard Jesse, War die DDR totalitär? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 12–23.

(5) Sozialismusverständnis

Wohnt der These, der Nationalsozialismus sei nicht nur eine rassistische, sondern auch eine egalitäre Ideologie gewesen, jedenfalls innerhalb der „Volksgenossen“, eine gewisse Plausibilität inne? Und war der real-existierende Sozialismus in der DDR wirklich nur von internationalistischem Sozialismus geprägt? Spielten auch Momente eine Rolle, die ihn als „national“ auswiesen, denkt man etwa an (Wiedervereinigungs-)Kampagnen in den fünfziger Jahren („Deutsche an einen Tisch“), oder waren solche Initiativen nur instrumenteller Natur? Die Frage ist diskussionswürdig, ob und inwiefern dem Nationalsozialismus gewisse sozialistische Bestandteile eigen waren⁷¹ und dem real-existierenden Sozialismus nationale.

(6) Zwangsläufigkeit der Diktaturen und ihres Endes

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen dem Ende der NS-Diktatur und dem Beginn der DDR-Diktatur? Die aggressive Außenpolitik des Nationalsozialismus war offenkundig auf einen großen Krieg angelegt. Insofern wohnte diesem zugleich sein Scheitern inne, ganz unabhängig davon, wie die These von der kumulativen Radikalisierung des Dritten Reiches zu bewerten ist.⁷² Schließlich spricht angesichts der macht- und ideenpolitischen Gegensätze vieles für die These von der Zwangsläufigkeit der deutschen Teilung nach 1945. Es handelte sich um einen antagonistischen Systemkonflikt, weniger um Perzeptionsprobleme. Hingegen war der Erfolg des Nationalsozialismus ungeachtet mancher begünstigender Umstände nicht zwangsläufig.⁷³ Es bedurfte einer Reihe von Konstellationen und Verkettungen, damit er an die Macht kommen konnte, ohne deswegen den Zufall bemühen zu wollen. Die Handlungsspielräume der politischen Entscheidungsträger waren einfach größer. Umgekehrt musste der Kommunismus in der DDR nicht zusammenbrechen, hätte die Sowjetunion keine überstürzte Reformpolitik eingeschlagen und sich damit selbst wie ihr Umfeld geschwächt. Allerdings: Wie lange wäre es mit der Breschnewschen „Stagnationspolitik“ bei den Nationalitätenkonflikten einigermaßen geräuschlos weiter gegangen?

71 Vgl. dazu pointiert Georg Stadtmüller, *Sozialismus, Nationalsozialismus, Faschismus*, München 1980.

72 Nach Hans Mommsen, Repräsentant eines „polykratischen“ Ansatzes, musste das Dritte Reich an seinen inneren Schwierigkeiten (z. B. Ämterchaos) unausweichlich zugrunde gehen. Zu seiner Theorie des selbstinduzierten Endes vgl. ders., *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft*, Reinbek bei Hamburg 1991.

73 Vgl. Henry A. Turner, *Hitlers Weg zur Macht*. Der Januar 1933, München 1997.

(7) Bedeutung des Feindbildes

Wie ist der Sachverhalt zu bewerten, dass beide Staaten neben einer positiven Ideologie wesentlich auf einer Anti-Ideologie fußten? Der Nationalsozialismus suchte sich stark mit antikommunistischem Furor zu rechtfertigen, der Kommunismus in der DDR mit antifaschistischem Feuereifer. Empfanden Kommunisten wie Nationalsozialisten die Berufung auf „ihre“ Ideologie als unzureichend, oder war der Antikommunismus und der Antifaschismus tief verwurzelt (auch im Sinne des Glaubens an eine Verschwörung des Feindes), nicht in erster Linie instrumentell gedacht? Stimmt die These von Richard J. Evans, die DDR habe überhaupt nur deshalb existiert, „weil die Sowjetunion eine Wiederholung des nationalsozialistischen Krieges fürchtete“?⁷⁴ Das unterschiedliche Feindbild diente wesentlich als eine Klammer des Zusammenhalts. Es ist eine Untersuchung wert, wie stark – auch im Zeitablauf – an die kommunistische bzw. faschistische Bedrohung geglaubt wurde.

VII. Schluss

Während der Nationalsozialismus eine deutsche Diktatur war, trifft dies auf die DDR als „abgeleitete“ Diktatur nicht oder deutlich weniger zu.⁷⁵ Gravierende Unterschiede finden sich ebenfalls bei der Entstehung und dem Ende der beiden Diktaturen. Der Nationalsozialismus kam (im Gegensatz zum Kommunismus in der DDR) ohne Hilfe von außen an die Macht; sein Sturz vollzog sich in einem blutigen Krieg, während das Ende der kommunistischen DDR in einer friedlichen Revolution mündete. Der Nationalsozialismus radikalisierte sich immer mehr, bei der DDR war es umgekehrt. Die veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen führten in dem einen wie in dem anderen Fall zum Sturz des jeweiligen Systems: Durch die Entstehung von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion, die wiederum innen-, außen- und wirtschaftspolitische Gründe hatte, verlor die DDR-Diktatur, ein Kunstprodukt, ihren Rückhalt; die militärische Bekämpfung des Dritten Reiches, die es durch den Angriffskrieg provoziert hatte, führte zu seinem schmachlich-blutgetränkten Ende.

74 Evans, *Zwei deutsche Diktaturen?*, S. 9.

75 Insofern führte das Ende der diktatorischen DDR zu einer Ent-Kolonialisierung. Wer heute den Begriff der „Kolonialisierung“ mit Blick auf die neuen Bundesländer anwendet, argumentiert unhistorisch. Vgl. z. B. Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hg.), *Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*, 3. Auflage Münster 1996.

Allerdings sind gegenüber dieser simplen Dichotomie einige Differenzierungen angebracht. So war die DDR auch von deutschen Kommunisten getragen, die freilich niemals die Bevölkerung hinter sich zu bringen wussten. Der von Walter Ulbricht gewünschte Bau der Mauer 1961 war die logische Folge der „Abstimmung mit den Füßen“. Und die Nationalsozialisten besaßen im Ausland eine partielle Unterstützung, übten sogar eine gewisse Faszinationskraft auf dortige gesellschaftliche Kräfte aus. Die Ambivalenz stabilisierender und destabilisierender „deutscher“ Faktoren der beiden Diktaturen detailliert herauszuarbeiten, ist eine verheißungsvolle Aufgabe. Dabei wird die Analyse ein komplexes Mischungsverhältnis zeigen. Die endogenen Bestrebungen dürften im Dritten Reich überwogen haben, die exogenen in der DDR.